

Postulat 176

Eingang Stadtkanzlei: 22. April 2022

Energiearmut verhindern, hohe Nebenkosten abfedern

Der herrschende Krieg in der Ukraine hat nicht nur humanitäres Leid vor Ort zur Folge, sondern lässt weltweit die Preise für Energierohstoffe in die Höhe schnellen. Für Mieterinnen und Mieter zeichnet sich deshalb spätestens per kommender Abrechnungsperiode eine spürbare Erhöhung der Heiz- und Nebenkosten ab.

Der Umfang dieser Preissteigerung ist erst schwer abschätzbar und zudem von den jeweiligen Heizsystemen abhängig. Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz geht aber von jährlich bis zu 1'200 Franken pro Haushalt aus. Diese Berechnung stützt sich auf das Beispiel einer schlecht isolierten Vierzimmerwohnung, wo der Heizölverbrauch bei rund 2'000 Litern pro Jahr liegt, und einer Verdoppelung des Heizölpreises von 60 auf 120 Franken pro 100 Liter. Auch der Bundesrat hat diesbezüglich eine Arbeitsgruppe eingesetzt und mit den Kantonen entsprechende Gespräche geführt. Gemäss Bundesrätin Simonetta Sommaruga werde die Entwicklung beobachtet, um zu klären, ob es Unterstützung bei der Abfederung von Härtefällen brauche.

Ein solcher Kostensprung kann für Menschen mit beschränkten finanziellen Mitteln eine kurzfristige finanzielle Not bedeuten, für einen Umstand, für den sie nichts können. Diese Menschen gilt es vor Energiearmut zu schützen. Deshalb schlägt der Mieterinnen- und Mieterverband eine Energiezulage von 200 bis 400 Franken pro Person über das existierende System der kantonalen Prämienverbilligungen vor. Damit würde der unterste Einkommensbereich der Bevölkerung – grossmehrheitlich Mieterinnen und Mieter – bei den Heizkosten entlastet.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, dieses Kostenwachstum abzufedern und Massnahmen zu prüfen, um Betroffene anteilmässig bei ihren erhöhten Heiz- und Nebenkosten zu unterstützen. Ein analoges System ist für Gewerbetreibende denkbar, welche über eine Geschäftsmiete ebenfalls von steigenden Energiepreisen betroffen sind. Diese Massnahmen sollen dabei nicht dem Anreiz entgegenwirken, weiter Energie zu sparen. Vielmehr könnten bei dieser Gelegenheit entsprechende Informationen adressatengerecht vermittelt werden.

Mario Stübi und Lena Hafen
namens der SP-Fraktion

Stadt Luzern
Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 88 76
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.grstr.stadtluzern.ch